Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/1871

24. 02. 88

Sachgebiet 2162

Änderungsantrag

der Fraktion der SPD

zur Beschlußempfehlung des Ausschusses für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit (13. Ausschuß)
— Drucksache 11/1541 —

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
— Drucksache 10/6730 —

Jugendhilfe und Familie – Die Entwicklung familienunterstützender Leistungen der Jugendhilfe und ihre Perspektiven – Siebter Jugendbericht –

Stellungnahme der Bundesregierung zum Siebten Jugendbericht

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Beschlußempfehlung – Drucksache 11/1541 – erhält folgende Fassung:

‚I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Der Deutsche Bundestag dankt der Sachverständigenkommission, die den Siebten Jugendbericht in immerhin nur 1¼ Jahren erstellt hat. Er unterstützt die Forderungen der Kommission nach einer umfassenden Reform des Jugendhilferechts sowie einer besseren finanziellen Absicherung der Jugendarbeit. Die nüchterne Analyse des Berichts zur veränderten Rollenverteilung innerhalb der Familie ist zu begrüßen, weil sie zeigt, daß die Sachverständigen von keinem ideologischen Leitbild der Familie ausgehen. Die Forderung der Sachverständigen nach einer offensiven und präventiven Jugendpolitik, nach Mitbestimmungs- und Teilhabemöglichkeiten junger Menschen und einer eigenständigen Jugendarbeit innerhalb der Jugendhilfe, zeigen den realistischen Blick der Sachverständigen. Ihnen ist auch darin zuzustimmen, daß wesentliche Probleme junger Menschen wie Jugendarbeitslosigkeit oder Wohnungsnot nicht durch Maßnahmen der Jugendhilfe beseitigt werden können.

2. In den letzten Jahren hat sich die Situation vieler Jugendlicher deutlich verschlechtert und rechtfertigt in keiner Weise die positiven Perspektiven, die die Stellungnahme der Bundesregierung aufzuzeichnen versucht. Festzustellen ist:

— Die Berufsbildungspolitik hat versagt: seit 1982 fanden jährlich zwischen 80 000 und 100 000 Jugendliche keinen Ausbildungsplatz. Bis zum Jahr 2000 werden über 1 Million Jugendliche als Ungelernte ins Erwerbsleben eintreten.

— Die Aussicht, einen Arbeitsplatz zu finden, ist für viele Jugendliche auch nach absolvierter Ausbildung düster: für rund 8,5 Millionen Jugendliche, die bis zum Jahr 2000 eine Lehre erfolgreich beenden, müßten 2 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Vielfach wird zudem an den Bedürfnissen des Marktes vorbei ausgebildet.

— Besonders benachteiligt sind Mädchen, junge Frauen und ausländische Jugendliche.

— Jugendliche ohne Zukunftsperspektive flüchten in radikale Gruppierungen. Das Anwachsen rechtsradikaler Gruppen, wie etwa Skin-Heads, die selbst vor Mord nicht zurückschrecken, ist ein Alarmsignal. Ausländerfeindlichkeit ist in diesen Kreisen weit verbreitet.

— Junge Menschen ohne Zukunftsperspektive sind besonders anfällig für das wachsende Angebot von Spielhallen.

— Kinder und Jugendliche vertreiben sich ihre Freizeit vielfach mit Videofilmen, in denen sie mit frauenfeindlichen, diskriminierenden und gewaltverherrlichenden Inhalten konfrontiert werden. Forschungen haben gezeigt, daß die Agressionsbereitschaft von Kindern und Jugendlichen dadurch stark ansteigt.

— Die bereits im Kinder- und Jugendalter erworbene Aggressivität offenbart sich in gewalttätigen Ausschreitungen wie etwa in Berlin-Kreuzberg im Juni letzten Jahres und führt zu der Befürchtung, daß diese Jugendlichen als zukünftige Erzieher die Zahl derjenigen Eltern ansteigen läßt, die ihre Kinder seelisch und körperlich mißhandeln. Hierüber und über den sexuellen Mißbrauch von Kindern verfügt der Deutsche Kinderschutzbund über erschütterndes Beweismaterial.

— Kinder und Jugendliche sind durch Alkohol- und Drogenmißbrauch gefährdet.

All diese Gesichtspunkte sind warnende Beispiele für eine drohende Verelendung zahlreicher Kinder und Jugendlicher, wenn nicht eine Jugendpolitik in die Wege geleitet wird, die so früh wie möglich angemessene Hilfestellungen bereithält.

3. Der Deutsche Bundestag schließt sich der Kritik führender Jugendverbände an der Stellungnahme der Bundesregierung an:

— Jugendpolitik darf nicht auf Familienpolitik reduziert werden, wie dies in der Stellungnahme der Bundesregierung geschieht. Kinder und Jugendliche müssen als

eigenständige Persönlichkeiten betrachtet werden, nicht lediglich als Bestandteil der Familie. Die inzwischen weit verbreitete Erziehung durch einen Elternteil wird kaum, andere, über die eheliche Lebensgemeinschaft hinausgehende Lebensformen werden überhaupt nicht berücksichtigt.

— Die Finanzierung der Jugendpolitik bleibt völlig offen. Wie die Arbeitsgemeinschaft der evangelischen Jugend bemerkt, ist „die Bundesregierung allem Anschein nach aus haushaltspolitischen Erwägungen nicht an der Verwirklichung der zahlreichen von der Sachverständigenkommission ausgesprochenen Empfehlungen gelegen". Der Deutsche Bundesjugendring und der Bund der Deutschen katholischen Jugend kritisieren die Unterrichtung gleichermaßen. Allein über moralische Appelle an Länder, Kommunen, freie Träger oder über die Betonung der Vorteile des Subsidiaritätsprinzips, das als „Begrenzung staatlicher Macht" beschönigend erwähnt wird, ist eine effektive Jugendarbeit nicht durchzuführen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. der Eigenständigkeit der Jugendpolitik Rechnung zu tragen. Eine Jugendpolitik, die sich primär als Familienpolitik begreift, bezieht sich auf intakte Familien, in denen Jugendliche ohnehin problemloser aufwachsen als Jugendliche, die in zerrütteten Familien oder in Heimen leben;

2. schichtenübergreifende Bildungs- und Erziehungseinrichtungen außerhalb der Familie, Jugendverbände, formelle und informelle Gruppen, sowie die Kontaktmöglichkeiten zwischen Eltern, Erziehern, Tagesmüttern usw. stärker als bisher zu fördern;

3. eine umfangreiche Beschreibung der Aufgaben und Formen der Jugendarbeit vorzunehmen und diese gesetzlich abzusichern. Eine Neuordnung der Jugendhilfe, die auch behinderte Jugendliche mit einbezieht, ist dringend notwendig;

4. eine eigenständige Jugendpolitik hinreichend abzusichern und sie von unwägbaren Haushaltsrisiken freizustellen. Die Kürzung des Bundesjugendplans in 1987 hat tiefgreifende Folgen für die Jugendarbeit nach sich gezogen. Eine Wiederholung dieser Situation muß unter allen Umständen verhindert werden.'

Bonn, den 24. Februar 1988

Dr. Vogel und Fraktion

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333